



JOHANNES BARSCH

KANDIDATUR ZUM STELLVERTRETENDEN BUNDESVORSITZENDEN



Liebe Genoss*innen,

wir erleben gerade historische Zeiten: Lange konnte man sich nicht mit so viel Optimismus in eine sich andeutende demokratisch-sozialistische Zukunft träumen wie es gerade der Fall ist. Es ist ein Privileg gerade jetzt in der SPD und bei den Jusos Politik machen zu können. Meiner Meinung erwächst aus diesem Privileg auch die Verpflichtung, Verantwortung zu übernehmen und sich aktiv mit voller Kraft zugunsten der angedeuteten Entwicklungen einzubringen. Aus diesem Grund schreibe ich euch heute: Ich werde auf dem kommenden Bundeskongress als stellvertretender Bundesvorsitzender kandidieren. Hiermit möchte ich mich bei euch vorstellen und um eure Unterstützung werben.

MEINE THEMEN

Durch meine Arbeit auf den verschiedenen Ebenen unseres Verbandes habe ich bereits in einer Vielzahl thematischer Bereiche politische Arbeit geleistet. Dabei haben sich aus beruflichen Berührungspunkten und Sozialisierungsmomenten persönliche Leidenschaften entwickelt. Mit diesen möchte ich mich im Juso-Bundesvorstand schwerpunktmäßig einbringen.

DIE BRANDMAUER SEIN.

Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeiten insgesamt sind gesamtdeutsche und gesamt-

gesellschaftliche Probleme. Trotzdem bin ich in einer Region aufgewachsen und lebe noch immer dort, die leider bundesweit dafür bekannt war, ein Kerngebiet rechtsextremer und faschistischer Bewegungen zu sein. NPD-Stammtische in der eigenen Stadt, sogenannte "freie Kameradschaften", rechts-extreme Burschenschaften und seit viel zu langer Zeit die AfD: Die Auseinandersetzung mit einem politischen Gegner dessen Ziele sich aus Hass speisen und der Freiheit und Demokratie zum Sturz bringen will, waren für mich von Anfang an Teil meiner alltäglichen politischen Arbeit. Ich bin deswegen der festen Überzeugung, dass Antifaschismus nicht nur unsere Überzeugung sondern auch unsere ständige Handlungsmaxime sein muss. Dabei ist klar: Antifaschismus gehört auf die Straße und er muss von uns dort hingetragen und gelebt werden. Wo und wann menschenfeindliche Hetze und faschistische Ideologie verbreitet werden, müssen wir da sein um unseren lauten, bunten aber vor allem entschlossenen Widerstand zu artikulieren und zu leben.

Darüber hinaus ist Antifaschismus aus meiner Sicht aber noch viel mehr. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass faschistische Tendenzen besonders erfolgreich dort um sich gegriffen haben, wo Staat und Zivilgesellschaft auf dem Rückzug waren und wo die Solidargemeinschaft zerbrochen ist. Deswegen muss es aus meiner Sicht Teil einer erfolgreichen antifaschistischen Strategie sein, Sozialstaat und Zivilgesellschaft wieder in die Breite unserer Gesellschaft und besonders in die weite Fläche vielfältiger Lebensrealitäten in unserer Republik zurückzubringen. Hierfür müssen wir politisch im Großen arbeiten, aber auch im Kleinen und All-

täglichen vor Ort sein. Wenn uns dies gelingt, werden wir nicht nur die Brandmauer sein, die dem Faschismus Einhalt gebietet, sondern ihn auch Stück für Stück zurücktreiben.

EINE REPUBLIK, ABER ZWEI REALITÄTEN - SCHLUSS DAMIT

Auch über 30 Jahre nach dem Ende der DDR ist es immer noch bittere Wahrheit, dass zwischen Ost- und Westdeutschland weder gleiche Lebensverhältnisse noch vergleichbare Lebensrealitäten hergestellt sind. Ob Tarifbindung und Löhne, Rente und sogar im Bereich der Lebenserwartung, überall klaffen verheerende Lücken in unserer Gesellschaft. Aktuell wächst die dritte Generation auf, die die Teilung in der Einheit erlebt. Es ist richtig, dass sich das Gesicht dieser Teilung verändert hat: Wo früher die Geschehnisse und Ungerechtigkeiten der unmittelbaren Wendezeit prägend waren, sind es heute die Erlebnisse von Deindustrialisierung und Arbeitslosigkeit im engsten sozialen Umfeld, von Abwanderung und angeblicher Perspektivlosigkeit, die prägend für eine junge Generation ostdeutscher Menschen war. Es ist auch richtig, dass sich mittlerweile Vieles verbessert hat, aber solange die bestehenden Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten nicht verworfen sind, ist es die Aufgabe der Jusos als gesamter Verband den Finger immer wieder in die Wunde zulegen, für eine Beseitigung willkürlicher Unterschiede zu kämpfen und ostdeutschen Perspektiven eine gesamtdeutsche Bühne zu bieten.

FREIHEIT, DIE WIR MEINEN

Schon aus meiner beruflichen Perspektive, aber auch aus meiner demokratisch-sozialistischen Überzeugung heraus ist mir der Kampf für Freiheitsrechte ein zentrales Anliegen meiner politischen Tätigkeit. Ziel einer jeden demokratisch-sozialistischen Aktivität ist letztlich die größtmögliche Emanzipation und Selbstentfaltung des Individuums. So wie wir hierfür durch Sozial-, Steuer-, Arbeits- und Wirtschaftspolitik hierfür die tatsächlichen Voraussetzungen schaffen wollen, um sicherzustellen, dass Freiheitsrechte nicht nur graue Buchstaben auf verstaubtem Papier bleiben, so muss uns auch klar sein, dass die Existenz auch negativ ausgerichteter Abwehrrechte notwendige Voraussetzung für die humane Ausgestaltung eines starken Staates ist.

Leider mussten wir in den letzten Jahrzehnten erleben wie in der deutschen Innen- und Justizpolitik Freiheitsrechte bedenkenlos eingeschränkt werden. Von dem Trennungsgebot zwischen Polizei und Geheimdienst über den Ultima-Ratio-Charakter des Strafrechts bis hin zum Prinzip des Verbots der Mehrfachbestrafung ist die Liste der zum Teil über zweitausend Jahre alten Prinzipien, die in den letzten Jahren ausgehöhlt worden sind, zu lang. Statt auf Prävention, soziale Absicherung und Verhältnismäßigkeit wird auf Überwachung, Repression und Abschreckung gesetzt, obwohl längst klar ist, dass sich komplexe gesellschaftliche Probleme auch nicht durch die x-te Strafrahmenverschärfung lösen lassen. Leider erleben wir, dass sich die Tendenz auch in der digitalen Welt fortsetzt. Auf neue Herausforderungen antwortet hier die deutsche Innenpolitik mit nichts weiter als mit Kompetenzerweiterungen im Bereich präventiver staatlicher Verfolgung und Überwachung. Traurigstes Beispiel der jüngeren Vergangenheit ist hier die Zustimmung sozialdemokratischer MdB's zum sogenannten Staats-

trojaner. Lasst uns gemeinsam dafür kämpfen diese Tendenz umzudrehen und die SPD zu einer Partei der Freiheitsrechte zu machen.

WER BIN ICH

Ich bin Johannes. Ich bin 27 Jahre und komme aus Greifswald in Mecklenburg-Vorpommern. Meiner Ausbildung nach bin ich Volljurist und arbeite seit diesem Sommer als angestellter Rechtsanwalt mit dem Tätigkeitsschwerpunkt Steuerrecht in einer mittelständischen Kanzlei. In erster Linie aber bin ich Juso und demokratischer Sozialist.

Seitdem ich Anfang des Jahres 2011 Mitglied der Jusos geworden bin, durfte ich auf vielen Ebenen meinen Anteil zum Erfolg unserer Sache beisteuern. Juso-Schüler*innen-Gruppen, Hochschulpolitik, Kreisvorsitz etc. in aller Bescheidenheit glaube ich unseren Verband von unten nach oben gut zu kennen. Zuletzt durfte ich seit 2019 als Landesvorsitzender der Jusos Mecklenburg-Vorpommern meinen Landesverband auf dem Weg hin und durch eine erfolgreiche Landtagswahl parallel zur Bundestagswahl führen.

Mit sozialistischen Grüßen

Johannes

Instagram: [**PERCHVBALT_HGW**](#)